

Delegiertenversammlung der Grünen Partei der Schweiz

29. Oktober 2005 in Stans

Protokoll

Präsidentin : Claudia Dillier

Dauer : 13.00 – 17.40 Uhr

Entschuldigt: Pia Hollenstein, Geri Müller, Anne-Catherine Menétrey, Walter Bieri und Tinetta Maystre

1. Begrüssung

Claudia Dillier heisst die Delegierten in Stans herzlich willkommen. Sie schlägt vor, den Ablauf der DV leicht zu ändern und das Traktandum 4.a) vor Traktandum 3 zu behandeln.

Das Demokratische Nidwalden freut sich, kurz nach dem Beitritt zu den Grünen Schweiz bereits eine DV zu organisieren! Das DN wurde 1982 gegründet, 1984 hat es den Sprung in den Grossen Rat geschafft. Heute ist das DN in vielen Gemeinden und Behörden vertreten. 7 der 60 kantonalen Parlamentsmitglieder gehören dem DN an. Seit 1998 ist Leo Odermatt Regierungsrat.

Xavier Schorno, Stadtratspräsident, heisst die Delegierten im Namen der Bevölkerung und des Parlamentes von Stans willkommen. Obwohl Stans und Sarnen wie auch Nidwalden und Obwalden häufig verwechselt werden, sind alle Anwesenden aus der ganzen Schweiz am richtigen Ort angekommen, bravo! Stans ist eine Pionierstadt: in Stans wurde die Mobility-Idee geboren, die ersten Freien Volksschulen gab es zuerst in Stans, genauso wie das erste Kleintheater der Schweiz. Stans ist die Stadt wichtiger Persönlichkeiten wie Winkelried und Pestalozzi. Und Stans hat als erste Stadt das Projekt „Lebensqualität“ des Bundes umgesetzt.

Leo Odermatt, Vorsteher des Sozial- und Gesundheitsdepartements des Kantons Nidwalden, ist Gründungsmitglied des DN. Statistisch gesehen ist Nidwalden am Schluss der Skala anzusiedeln wenn es um mittlere Landwirtschaftsfläche, Anzahl Einwohner und Kantonsgrösse geht. Zwischen 1950 und heute hat sich die Bevölkerung verdoppelt – enorme Dynamik in allen Bereichen mit positiven und negativen Konsequenzen. Für das Bevölkerungswachstum gibt es zwei Gründe: der Bau der A2 und die Steuerpolitik. NW hat 11 Gemeinden und muss die gleichen Aufgaben erfüllen wie ein grosser Kanton – schwierig.

Bei der Gründung des DN hätte er nicht im Traum daran gedacht, eines Tages die Grüne Partei der Schweiz in Stans als Regierungsrat willkommen heissen zu können! Wünscht den Grünen, dass sie in der Geschichte der Schweiz immer eine konstruktive Rolle spielen.

Ruth Genner : trotz Naturkatastrophen vernachlässigen die Bundesbehörden die Umweltpolitik nach wie vor. Der Druck auf die Finanzen ist enorm, aber die Unternehmenssteuern will das Parlament trotzdem senken! Die Lebensbedingungen der Asylsuchenden werden weiter erschwert und für die Entwicklungshilfe gibt es kein Geld. Die Politik Blochers kann deshalb leicht durchgesetzt werden, weil die FDP und die CVP keine eigene Linie haben. Der Graben zwischen Taten und Worten ist bei der CVP oft riesig, ihre Politik ist immer mehr rechts. – Es ist praktisch nicht mehr möglich, Mehrheiten für eine echte Umweltpolitik zu finden. Umso wichtiger ist es, dass wir Grünen das Terrain besetzen und nahe bei den Leuten sind. Die Wahlen überall zeigen zudem, dass die Rechtswende der Regierung nicht geschätzt wird und dass die Leute unsere Politik als vernünftig und verantwortungsbewusst einschätzen. Dies beweisen die Erfolge der Grünen in allen kantonalen Wahlen seit 2003. Viele Menschen schätzen unseren Mut und unser selbstloses Engagement. Die Zusammenarbeit mit den Bauernorganisationen für die Gentechnikfrei-Initiative ist erfreulich und stellt hoffentlich den Anfang einer breiten Plattform für eine ökologischere Landwirtschaft dar. Die Abstimmung ist aber noch nicht gewonnen, wir müssen uns bis zum Schluss alle dafür einsetzen!

Ueli Leuenberger: wir ernten jetzt die Früchte der klaren Linie, die wir in Parlamenten und Exekutiven vertreten. Immer mehr Leute realisieren, dass das, was wir seit mehreren Jahren sagen, sich jetzt bestätigt. Wir sind glaubwürdig und kohärent sowohl was unser Engagement in der Asyl- und Ausländerpolitik, im Bereich Krankenkassen, Armeeausgaben, als auch in der Europapolitik usw. anbetrifft. Wir machen eine verantwortungsvolle Politik, gegenüber den zukünftigen

Generationen, die die Konsequenzen aus unseren Handlungen tragen müssen, sind wir dazu verpflichtet. Unsere Partei befindet sich in einer entscheidenden Entwicklungsphase. Wir müssen unbedingt an die Konsolidierung unseres professionellen Apparates sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene denken. Das ist eine wichtige Vorbedingung um effizienter zu werden und Zulauf zu gewinnen.

2. Statuten

Susanne Forster, Vreni Zimmermann, Hans Niklaus, Pierre Lipschütz, Daniele Jenni, Regula Strobel werden als StimmenzählerInnen gewählt.

Das Protokoll der DV vom 27. August in Freiburg wird mit folgender Änderung genehmigt.

Pierre Santschi: Punkt 5 erstes Votum, wird wie folgt geändert : das Papier ist grundsätzlich gut. Er findet aber (und ist sich bewusst, dass er diese Präzisierung nicht als Antrag einbringen kann), dass die Angaben für die effektiven, externen Kosten des Atomstromes fehlen. Man muss zum Beispiel wissen, dass allein der Versicherungsanteil pro kWh Atomstrom bei etwa Fr. 3.- und nicht nur bei ein paar Rappen liegt.

Wahlen in den Vorstand

NE: Doris Angst ersetzt Blaise Horisberger.

Sie wird von Patrick Erard vorgestellt, der sich freut, dass eine so engagierte und kompetente Person in Zukunft die Neuenburger Grünen im Vorstand vertreten wird.

Doris Angst wird mit Akklamation gewählt.

Wahl des neuen Tresoriers: Für die Nachfolge von Hans Beat Schaffner auf Ende dieses Jahres kandidiert Kuno Kälin. Kuno ist erfahren in seinem Metier und unerschrocken, und damit prädestiniert, als Kassier der Grünen zu amten. Zudem ist er bestens bekannt mit der Politik.

Kuno Kälin wird mit Akklamation gewählt.

3. Informationen

Cécile Bühlmann: nach 12 Jahren als Fraktionschefin berichtet Cécile zum letzten Mal an einer DV über die Fraktion. Sie tut dies mit gemischten Gefühlen: sie freut sich einerseits darauf, etwas mehr Freizeit zu haben, andererseits ist sie aber auch traurig, weil die Aufgabe ein wichtiger und grosser Teil ihres Lebens ausgemacht hat. In all den Jahren hat sie die Erfolge und Niederlagen der Fraktion hautnah miterlebt, selbstverständlich waren die Erfolge leichter zu ertragen als z.B. die Abwahl von KollegInnen.

Im Laufe der Jahre gab es innerhalb der Fraktion immer wieder zu bestimmten Themen unterschiedliche Meinungen: vor einigen Jahren etwa im Bezug auf die Armee oder die Gesundheitspolitik, heute wenn es um Keimzellenforschung oder Präimplantationsdiagnostik geht. Der Einfluss der Grünen Fraktion im Parlament wird grösser, die Zusammenarbeit mit der SP hat sich verbessert. Es liegt Cécile am Herzen, dass Therese, ihre Nachfolgerin, den Kampf für das Nationalratspräsidium nicht aufgibt, die Grünen haben, nach all diesen Jahren im Parlament, Anspruch auf dieses Amt. Wünscht den Grünen eine strahlende Zukunft und allen viel Erfolg und Befriedigung in ihren Aufgaben und Ämtern!

Therese Frösch wird ihre Nachfolgerin als Fraktionschefin, Anne-Catherine Menétrey löst Pia Hollenstein als Vizechefin ab.

Abschliessend bedankt sich Cécile bei den Delegierten für die Aufmerksamkeit, die sie in all den Jahren ihren Ausführungen geschenkt haben.

Ruth Genner: Mit dem Rücktritt von Cécile geht eine Ära zu Ende! Cécile hat mit ihrer engagierten, professionellen, entschiedenen, präzisen und manchmal strengen Persönlichkeit die Fraktion und die Partei massgeblich geprägt. Mit ihrem grossem Einsatz auf der politischen Bühne, ihrer Farbigkeit und ihrer Bundesratskandidatur hat sie zur Profilierung unserer Partei einen wichtigen Beitrag geleistet. Ganz herzlichen Dank für diese riesengrosse Arbeit!

Hubert Zurkinden übergibt Therese Frösch ein «Starterset» für ihre neue Aufgabe als Fraktionschefin. (Hanfbier, Entspannungsbad, Schokolade...).

Berichtet aus dem Sekretariat: Weist auf die von der Bevölkerung gut aufgenommene Einheitskrankenkasse hin. Präsidentin des Initiativkomitees ist Therese Frösch, Monika Hächler, polit. Sekretärin des Grünen Bündnis Bern, führt das Sekretariat. Das Komitee ist daran, die

Kampagne, vorgesehen für das Jahr 2007, und die Reaktion auf die bundesrätliche Botschaft vorzubereiten. Die Einheitskrankenkasse wird Thema an einer nächsten DV sein.

Heidi Rebsamen : hat mit Miriam Behrens, Jean Rossiaud und Hans Beat Schaffner am Kongress der Europäischen Grünen in Kiew teilgenommen. Viele interessante Diskussionen zur Zukunft der EU und Osteuropa (10 Jahre nach Srebrenica) und über die Konsequenzen von Tschernobyl fanden statt. Nach kontradiktorischen Debatten über die Verfassung in Dublin, scheint man sich in der Zwischenzeit der Nachteile des Abkommens von Nizza und über die Schwierigkeiten, die ein Entscheidungsprozess mit 25 Ländern mit sich bringt, bewusst geworden zu sein. In vielen der neuen EU-Ländern haben nationalistischen Bewegungen Auftrieb. Innerhalb der europäischen Grünen gibt es die unterschiedlichsten Positionen. Diskussionsthema war z.B., weitere Beitritte zu stoppen, bis eine Verfassung akzeptiert ist. Auch die Rolle der EU auf dem internationalen Parkett war Diskussionspunkt. Die Europäischen Grünen formulieren eine Position zur Zukunft von Europa an ihrem Kongress vom 13. bis 15. Oktober 2006 in Genf. Eine Arbeitsgruppe, zu der auch Heidi und Jean gehören, ist eingesetzt worden um diesen vorzubereiten. Hoffte, dort ihre politischen Erfahrungen mit dem Schweizer System einbringen zu können. Die Kampagne 2006 der Europäischen Grünen ist dem Klima gewidmet.

4. Abstimmungen vom 27. November 2005

Gentechfrei-Initiative

Florianne Köchlin: Wissenschaftlerin und Gentechnik-Kritikerin

Seit Jahren will die Mehrheit der europäischen Bevölkerung keine Lebensmittel, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten. Im Jahre 2004, und auf Druck der USA, hat die Europäische Kommission das Gentech-Moratorium zu Handelszwecken aufgehoben. Dieser Entscheid hat eine beispiellose Bewegung gegen das Diktat aus Brüssel provoziert. Heute gibt es in Europa 180 gentechfreie Regionen.

Dank dem demokratischen Instrument der Initiative, das wir zur Verfügung haben, ist die Schweiz das erste Land, in dem über das Thema abgestimmt wird.

Zur Forschung: die Initiative gibt der Forschung 5 Jahre Zeit, die Arbeit zu machen, die sie bis jetzt vernachlässigt hat. Die Gentechnologieforschung in lebenden Organismen steckt noch in den Kinderschuhen. Wir wissen noch nicht, wie die Natur auf die Eingriffe in die Gene reagiert.

Was wir wissen ist, dass die Gene nicht leblose Materie sind. Sie sind im Gegenteil flexibel, sie kommunizieren untereinander, sind in konstanter Interaktion. Veränderungen können unvorhersehbare Konsequenzen haben. Das Moratorium gibt der Forschung Zeit. Es erlaubt es, nach Lösungen zu suchen, die im Einklang stehen mit der Natur und von der natürlichen Vielfalt Gebrauch zu machen, um die Probleme der Landwirtschaft ohne Gentechnik zu lösen.

Maya Graf : Ich muss euch nicht überzeugen, ihr seid es schon und ihr engagiert euch seit Wochen in dieser Kampagne. Ich danke euch herzlich dafür. Es bleiben uns noch 30 Tage. Wir müssen überall in direktem, persönlichen Kontakt Überzeugungsarbeit leisten, unsere Gegner haben sehr viel mehr Mittel zur Verfügung. Der Entscheid des Schweizer Volkes ist für die zahlreichen europäischen Bewegungen, die gegen die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft kämpfen, von grosser Bedeutung.

Luzius: Nur weil wir nicht Mitglied der EU sind, haben wir die Möglichkeit, Nein zu sagen zur Verwendung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und können damit Einfluss nehmen auf die europäische Politik. Als EU-Mitglied hätten wir diese Möglichkeit nicht!!

Maya Graf: Syngenta hat *Internutrition* gegründet, das eigentliche Gegenerkomitee. Sie haben einen Kampagnenleiter engagiert, aber in den Medien sind sie nicht sehr präsent.

Susanne Hoare: Internutrition war an der Olma präsent und hat dort Flyer verteilt. Greenpeace hingegen bekam keine Erlaubnis, an der Messe teilzunehmen...

Jörg Schacher: Es ist wichtig zu betonen, dass wir nicht gegen die Forschung sind. Wir unterstützen eine Forschung, die die Natur respektiert.

Florianne : Auch mir ist dies als Mitglied des Initiativkomitees sehr wichtig. Viele Forscher, die die Initiative unterstützen, haben allerdings nicht den Mut, dies auch öffentlich zu sagen.

Alessandro Boggian: Im Tessin wird das Gentechfrei-Komitee vom Grünen Grossrat koordiniert. Die Bevölkerung begrüsst die Initiative. Das kantonale Tessiner Landwirtschaftsgesetz verbietet übrigens die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft.

Die Delegierten sagen einstimmig Ja zu der Initiative (104 Ja)

Ladenöffnungszeiten:

Hubert Zurkinden: Das Arbeitsgesetz sieht vor, dass Sonntagsarbeit nur für den Spitalsektor, für den öffentlichen Verkehr und für bestimmte Geschäfte zugelassen ist. Darauf hat das Bundesgericht entschieden, dass für bestimmte Bedürfnisse von Reisenden Personal auch am Sonntag angestellt werden kann (Coiffeur, Leckerlihaus, Migros, Restaurants). Mit der Abstimmung im November soll diese Unterscheidung für die grossen Zentren des öffentlichen Verkehrs aufgehoben werden. Die Frage ist, ob wir die Anstellung von Personal für alle Bereiche oder nur für diejenigen, die das Bundesgericht zugelassen hat, erlauben wollen.

Esther Guyer: Am kommenden 27. November stimmen wir nicht über die Abschaffung des freien Sonntags ab, wir stimmen über eine Gesetzesänderung ab, die die Geschäfte in den Bahnhöfen betrifft. Wir dürfen nicht vergessen, dass heute gewisse Bahnhofsgeschäfte mit einer Spezialbewilligung am Sonntag geöffnet sein können.

Ich engagiere mich für diese Revision, weil ich weiss, wovon ich spreche: Ein Bahnhof ohne Sonntagsverkauf ist nicht mehr vorstellbar. Man kann den Leuten nicht vorschreiben, wann sie einkaufen dürfen, auch wenn wir gegen masslosen Konsum sind. Geöffnete Geschäfte geben zudem das Gefühl von Sicherheit. Die SBB profitieren von den geöffneten Geschäften ebenso wie die StudentInnen, die so einen Job finden.

Anstatt Druck auf die Mitglieder zu machen und das Referendum zu unterstützen, hätten die Gewerkschaften Gesamtarbeitsverträge mit den Arbeitgebern aushandeln sollen. Ich habe von keinem Gegner, nicht einmal von grünen, gehört, man solle dem Familienfrieden zuliebe alle Geschäfte schliessen und den öffentlichen Verkehr anhalten! Niemand verpflichtet die Leute, am Sonntag einkaufen zu gehen oder am Sonntag zu arbeiten. Die Leute sind frei, dies zu tun oder zu lassen.

Die Grünen befürchten, dass die KonsumentInnen für die Tätigkeit ihrer Grosseinkäufe in den Bahnhöfen ihr Privatauto benutzen. Aber dies ist nicht realistisch, da die Geschäfte in den Bahnhöfen nicht unbedingt attraktiv sind; man findet dort nicht alles.

Der arbeitsfreie Sonntag für alle ist nur noch eine Fata Morgana. Nur weil wir die erweiterten Ladenöffnungszeiten zulassen, fühlen sich die Leute noch nicht verpflichtet, am Sonntag einkaufen zu gehen. Der Sonntag wird also nicht abgeschafft, auch nicht wenn wir ja sagen zur Gesetzesänderung.

Urs Müller: die Gesetzesänderung anzunehmen würde mittelfristig eine totale Deregulierung des Arbeitsgesetzes verursachen. Der Sonntag würde schon bald zum Werktag. Die Deregulierung der Sonntagsarbeit ist bereits jetzt ein Thema für den Bundesrat, der gedenkt, die diesbezüglichen Kompetenzen an die Kantone zu delegieren.

Ein Ja benachteiligt zudem die Geschäfte, die sich nicht in den Bahnhöfen befinden und die also keine Erlaubnis haben, am Sonntag zu öffnen.

Abgesehen von ein paar Ausnahmen müssten auch bei Ablehnung der Gesetzesänderung die heute am Sonntag geöffneten Geschäfte nicht schliessen. Es steht viel mehr als dies auf dem Spiel: im November entscheiden wir, ob die Sonntagsarbeit eine gut geregelte Ausnahme für ein paar Berufe bleibt, oder ob sie total dereguliert wird. Im Nationalrat gehen alle Interventionen in Richtung einer stärkeren Deregulierung der Sonntagsarbeit. Diese Tendenz wird zu mehr Verkehr und mehr Konsum führen. Den Köder der Arbeit und des Konsums sieben Tage von sieben zuzulassen ist Nonsens.

Lasst uns nicht vergessen, dass die Bahnhöfe seit je her Orte der Begegnung für zahlreiche Bevölkerungsgruppen sind.

Obdachlose z.B. finden dort ein bisschen Wärme. Sie haben kein Geld und würden sich mitten in Konsumtempeln wieder finden.

Sie wären noch stärker das Zielpublikum für die vom Sekretariat lebhaft angeprangerten Wegweisungsmassnahmen. Wir können dies nicht tolerieren.

Der arbeitsfreie Sonntag ist ein Wert, den wir verteidigen müssen und den wir nicht auf dem Altar des Konsums opfern dürfen.

Regula Rytz, BE : Wir haben soeben die Gentechfrei-Initiative einstimmig angenommen, wir versuchen also den Leuten vorzuschreiben, was sie essen sollen oder nicht. Was die Gesetzesänderung des Arbeitsgesetzes betrifft, ist es irreführend zu sagen, dass wir nicht für die KonsumentInnen entscheiden wollen. Man muss ehrlich sein und anerkennen, dass es sehr angenehm ist, beim Heimkommen am Sonntag am Bahnhof einige Einkäufe fürs Abendessen

machen zu können. Dieser „Luxus“ wird mit der Änderung des Arbeitsgesetzes auch nicht abgeschafft.

Was allerdings besser erklärt werden muss, ist die Tatsache, dass es bei dem Gesetz um Dienstleistungen geht! Diese Änderung ist der erste Schritt in Richtung einer totalen Deregulierung aller Dienstleistungen (dieser Sektor beschäftigt mehr als 80% der Bevölkerung).

Wer wird ein Referendum lancieren, wenn mittels Salamtaktik weitere Änderungen eingebracht werden? Mit einem Ja am 27. November werden nicht mehr 10% der Angestellten am Sonntag arbeiten, sondern mindestens 40%. Ruft dazu auf, Nein zu stimmen.

Alessandro Boggian: Die Erfahrungen, die im Tessin gemacht worden sind, zeigen, dass Sonntagsöffnungen einen enormen Automobilverkehr mit sich bringen, doppelt so gross wie unter der Woche. Die TessinerInnen, die sich noch erinnern, wie es war, als die Geschäfte am Sonntag noch geschlossen waren, denken wehmütig an diese Zeiten zurück...

Daniele Jenni, BE : Das Ja würde zu einer Kommerzialisierung der Bahnhöfe führen und ihre Funktion als Begegnungsort gefährden – die Wegweisungen werden zunehmen, weil gewisse Leute das Konsumklima stören würden. Ausserdem: Wenn der Konsum in den Bahnhöfen gefördert wird, wieso nicht auch ausserhalb? Trotzdem löst ein Nein die Probleme nicht, da wirklich eine Nachfrage besteht. Es gibt andere Lösungen und ein Nein würde erlauben, sie zu finden (z.B. Basel, wo nur die kleinen Geschäfte, die keine Angestellten beschäftigen, öffnen können).

Daniel Gilliéron, GE: Es ist naiv zu glauben, dass Ladenöffnungen am Sonntag die Wirtschaft stimulieren würden. Das wäre nur für die Grossverteiler positiv. Dieses Vorhaben ist gegen die kleinen und mittleren Unternehmen gerichtet, die keine Kapazitäten haben, die Öffnungszeiten zu erweitern. Der motorisierte Verkehr würde zunehmen. Wir müssen Nein sagen, nicht weil wir gegen die Wirtschaft sind, sondern weil wir eine andere Wirtschaft wollen. Der Wunsch, einkaufen zu können, wann man will, ist ein egoistisches Argument. Aus ethischer Sicht müssen wir den Mut haben, auch sehr populäre Projekte zurückzuweisen.

Regula Strobel, FR: Sonntagsarbeit könnte sehr interessant sein für die Frauen, wenn die Männer zu Hause sind! Was für ein triftiges Argument... Bravo für die Familie und für die Krippen! Sind letztere am Sonntag offen für allein erziehende Mütter?

Daniel Vischer, ZH: Die Fraktion war bezüglich Eintreten oder nicht gespalten. Manche waren grundsätzlich dagegen (Werte, Sonntagsruhe), andere waren für Eintreten verbunden mit der Forderung nach Schutzklauseln. Die Situation der Bahnhöfe muss durch eine spezielle Gesetzgebung geregelt werden. Man kann sich den Zürcher Hauptbahnhof mit geschlossenen Geschäften am Sonntag nicht vorstellen. Man muss unbedingt Ja zu dieser Revision sagen und dann gegen den späteren Ausbau kämpfen.

Ueli Leuenberger, GE : Es handelt sich nicht um ein Gesetz, das nur Zürich betrifft, sondern die ganze Schweiz. Die Fraktion hat klar gegen dieses Gesetz gestimmt. Zahlreiche ArbeitnehmerInnen haben nicht die Wahl, ob sie arbeiten wollen oder nicht. Wir steuern eine Vermarktung der Gesellschaft an. Projekte im Sinne einer stärkeren Liberalisierung sind schon bereit, sollte es am 27. November ein Ja geben. Dies ist eine Entwicklung, die nicht die ArbeitnehmerInnen und auch nicht die kleinen Geschäfte schützt und sie ist ungerecht für die, die sich nicht im Umkreis eines Bahnhofes befinden. Es ist auch keine ideale Lösung für Einelternfamilien, wie sie im Ständerat behauptet haben, sondern führt zu einer schlechteren Lebensqualität.

Balthasar Glättli, ZH: hören wir auf, diese Diskussion hochzuspielen. Das Ja wird keine Mehrheit bei den Grünen finden, das ist klar. Wir müssen unsere Kräfte auf Themen konzentrieren, bei denen wir einer Meinung sind, wie für die Gentechnik-Initiative. Plädiert für Enthaltung.

Schlusswort

Urs Müller: Nein zu diesem ersten Schritt Richtung einer totalen Deregulierung und Nein zu dieser Salamtaktik. Nein im Namen einer intakten und gerechten sozialen Umwelt.

Ersther Guyer: Ja sagen heisst nicht, die Deregulierung der Sonntagsarbeit zu akzeptieren, sondern nur die Öffnung der Geschäfte in den grossen Zentren des öffentlichen Verkehrs am Sonntag zu zulassen.

Die Änderung des Gesetzes wird mit 82 Nein, 7 Ja und 10 Enthaltungen abgelehnt.

5. Resolutionen

Lex Koller :

Régis Chanton, VS: Der Bundesrat beabsichtigt, die Lex Koller, die das Ziel hat, den Kauf von

Immobilien durch AusländerInnen zu limitieren, abzuschaffen. Im Wallis würde die Aufhebung dieses Gesetzes einen Preisdruck verursachen und die Anzahl der Wohnungen erhöhen, die einen grossen Teil des Jahres unbewohnt sind. Die Resolution verlangt, dass die Aufhebung dieses Gesetzes von flankierenden Massnahmen begleitet wird.

Die Resolution wird von einer Mehrheit der Delegierten angenommen (3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen)

Kulturpolitik:

Gabriela Bader, Nationales Sekretariat: Die Leitlinien der Kulturpolitik der Grünen werden in den nächsten Monaten erarbeitet. Im Rahmen der Vernehmlassung zum Kulturförderungsgesetz, die jetzt läuft, hat die Fachgruppe Kultur eine Resolution vorbereitet. Sie enthält die Grundpfeiler des grünen Kulturverständnisses und nennt gleichzeitig die kritischen Punkte im Entwurf des Kulturförderungsgesetzes.

Zu Gast an der DV ist Heinrich Gartentor, der von den Kunst- und Kulturorganisationen zum virtuellen Kulturminister ernannt worden ist. Dies deshalb, weil der reale Kulturminister Pascal Couchepin aus Sicht der Kulturschaffenden seine Aufgabe nicht befriedigend erfüllt.

Pierre Santschi, VD: Einverstanden mit Grundsatz und Prinzipien. Schlägt vor, in der französischen Version von der *öffentlichen Hand* und nicht vom *Staat*, sowie von *Unterstützungsformen* und nicht von einem *Unterstützungssystem* zu sprechen. Ein System, das zu verstaatlicht ist, kann die Vetternwirtschaft fördern...

Pierre Lipschütz, VD: auf französisch sollte man die *abstrakten Werte* durch *immaterielle Werte* ersetzen. Im Kapitel „Träger der Kultur: Die Schule“ „den künstlerischen Fächern einen seriösen Platz einräumen“ ergänzen mit *und den Fächern, die es ermöglichen, die Gesellschaft kritisch zu hinterfragen und zur Bewusstseinsbildung beizutragen...*

Hubert Zurkinden: schlägt vor, über die Resolution abzustimmen und eventuelle Wortschatz- und Formulierungsprobleme bilateral zu lösen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Heinrich Gartentor, virtueller Kulturminister: Herr Couchepin ist Minister des Eidgenössischen Departements des Innern. Einen Kulturminister hat es nie gegeben. Die VertreterInnen der Kultur haben beschlossen, diese Lücke zu schliessen. Sie sind besorgt über die mangelnden Kenntnisse im Bereich der Kultur auf Seiten der PolitikerInnen und dies ist eines der Probleme in diesem Gesetz, nach dem in Zukunft ein 4-Jahres-Programm vom Parlament verabschiedet und dann durchgesetzt werden soll. JedeR würde seinen Senf dazugeben wollen, und man würde die finanziellen Mittel binden. Das wäre die totale Anarchie.

Träger, Schule: Es würde genügen, wenn einE SchülerIn während der obligatorischen Schulzeit einmal eineN KünstlerIn besucht, damit sein Interesse geweckt würde. Es sind keine riesigen Mittel nötig, um Kultur zu entdecken.

6. Diverses

Daniele Jenni, GPB: präsentiert eine Resolution für verstärkte demokratische Rechte und gegen Neonazi- Praktiken

Peter Stutz, BE: unterstützt die generelle Richtung der Resolution, aber mit einigen Änderungsvorschlägen (die Demos der «Linken» waren auch nicht immer gewaltfrei)

Martin Flückiger, BasA! Das ist ein sehr wichtiges Thema. Eine Allianz ist in Basel gegründet worden, um gegen die Einschränkungen des Demonstrationsrechtes und die Fichierung der DemonstrantInnen zu kämpfen. Es ist untolerierbar, dass die Polizei in Aktion tritt, bevor etwas passiert ist. Die demokratischen Rechte sind gefährdet. Ich unterstütze und bietet seine Hilfe an für die Formulierung einer allgemeineren Resolution.

Johanna Wälti: Ich habe keine Toleranz für die radikale Rechte. Ich war in Thun wo eine Demo angekündigt war. Ein enormes Polizeidispositiv wurde auf die Beine gestellt. Es war unglaublich, aber man muss auch verstehen, dass die EinwohnerInnen Angst haben.

Sie unterstützt eine Resolution, aber nicht in der gegenwärtigen Form. Man soll keine konkreten Beispiele anführen.

Ueli Leuenberger: Wir müssen verlangen, dass die Behörden entschieden gegen Neonazis einschreiten. Die Hauptachse muss die Verurteilung der Passivität der Behörden gegen Neonazis sein.

Schlägt den Delegierten vor, dass das Sekretariat die Resolution neu formuliert und die Medien im Moment, da die Resolution bereit ist, informiert.

Daniele Jenni: hat keinen Einwand gegen die Erarbeitung einer allgemeineren Resolution, aber schliesst die Möglichkeit nicht aus, diese heute anzunehmen.

Ordnungsantrag Hubert: Die gegenwärtige Resolution nicht anzunehmen und sie dem Sekretariat zu übergeben zur Neuformulierung

Zehn Delegierte sprechen sich für Annahme aus.

Die Mehrheit der Delegierten spricht sich für den Ordnungsantrag aus ==> Übergabe ans Sekretariat

Hubert Zurkinden: kündigt an, dass die nächste Delegiertenversammlung am **4. März 2006** stattfinden wird. Da im Februar keine Abstimmung vorgesehen ist, wird die DV vom Januar annulliert.

Im Namen aller Delegierten bedankt er sich für den grossartigen Empfang in Stans, und den ÜbersetzerInnen und TechnikerInnen für die exzellente Arbeit.

Er lädt die ganze Versammlung ein, am Aperitif teilzunehmen und die, die können, für den Abendanlass des DN, das seinen Wahlkampf lanciert, zu bleiben.

Gabriela Bader / Yolande Peisl, Januar 2006